

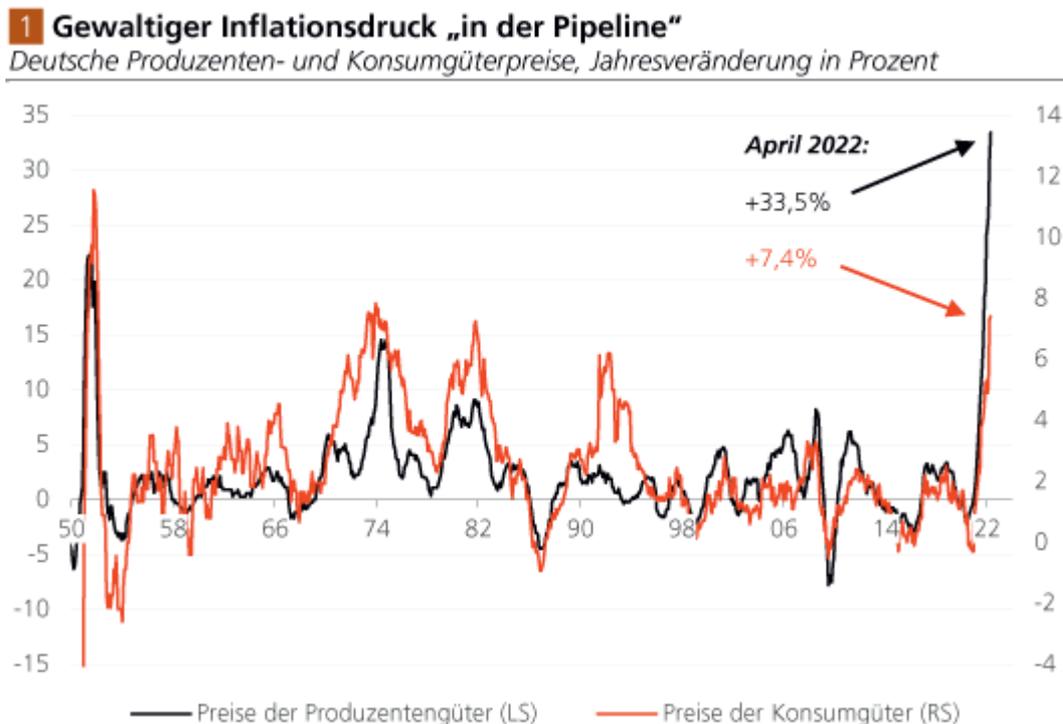
Warum diese Inflation besonders gefährlich ist

30.05.2022 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Inflation bedeutet nicht nur Kaufkraftentwertung des Geldes und macht die breite Bevölkerung ärmer. Sie droht auch, wenn sie nicht gestoppt wird, die freie Wirtschaft und Gesellschaft des Westens in eine unfreie zu verformen.

Hohe Inflation

Die Inflation ist weltweit auf dem Vormarsch. In vielen Ländern hat sie bereits extreme Höhen erreicht. So lag die Inflation der Konsumgüterpreise in den USA im April 2022 bei 8,3 Prozent, im Euroraum bei 7,5 Prozent, in Deutschland bei 7,4 Prozent. Und ein baldiges Ende der Geldentwertung ist nicht in Sicht, Entwarnung lässt sich leider nicht geben. Dafür sprechen beispielsweise die extremen Steigerungsraten bei den Produzenten- und Großhandelspreisen, die bekanntlich erst mit einer zeitlichen Verzögerung die Endverbraucherpreise erreichen (Abb. 1).



Quelle: Refinitiv; eigene Berechnungen. Letzter Datenpunkt: April 2022.

Inflation ist ein äußerst komplexes Phänomen. Daher soll es im Folgenden etwas genauer beleuchtet und erklärt werden. Beginnen wir mit dem "negativen Preisschock", für den die Folgen der politisch diktierten Lockdown-Krise und der "grünen Politik" sorgen. Sie verschärfen die Knappheit in den Gütermärkten beziehungsweise führen zu einer Verteuerung der Güterproduktion. Verstärkt wird diese Entwicklung jüngst durch die Konsequenzen, die der Ukraine-Krieg und vor allem auch die "Zero-Covid"-Politik Chinas nach sich ziehen.

All das bewirkt ein Ansteigen des Preisniveaus in den Volkswirtschaften. Das senkt die realen Einkommen der Menschen ab: Man bekommt nunmehr weniger als bisher für seinen Lohn, für sein Geld. Der materielle Lebensstandard sinkt. Firmen sind davon ebenfalls betroffen. Ihre Kosten für die Erzeugung der Absatzgüter steigen. Und da viele Firmen meist nicht in der Lage sind, die gestiegenen Produktionskosten vollumfänglich auf die Absatzpreise überzuwälzen, geraten sie in Umsatz- und Gewinnprobleme. Die Nachfrage nach vielen Produkten schwindet, weil die Käufer nicht mehr die nötige Kaufkraft haben.

'Negativer Preisschock' versus Inflation

Dieser "negative Preisschock" wirkt im wahrsten Sinne des Wortes verarmend für die Menschen in den betroffenen Volkswirtschaften. Doch das ist leider noch nicht alles. Es kommt auch noch die Wirkung der übermäßigen Geldmengenvermehrung hinzu. Die Zentralbanken haben seit Ende 2019 die Geldmengen in vielen Volkswirtschaften drastisch ausgeweitet. So ist die Geldmenge M2 in den Vereinigten Staaten von Amerika um 43 Prozent gestiegen, im Euroraum die Geldmenge M3 um 21 Prozent. Das hat zu einem gewaltigen "Geldmengenüberhang" geführt, auf den nun der negative Preisschock nun trifft.

Eine kurze Erklärung der Inflation

In der Volkswirtschaftslehre gibt es zwei Erklärungen für die Inflation. Zum einen gibt es die nicht-monetäre Inflationstheorie. Ihr zufolge steigen die Güterpreise, wenn es zum Beispiel zu einer Energiepreisverteuerung oder zu starkem Lohnwachstum kommt ("Cost-Push-Inflation"); oder es stellt sich ein Nachfrageüberhang ein, der die Preise in die Höhe treibt ("Demand-Pull-Inflation"). Zum anderen gibt es die monetäre Inflationstheorie. Sie besagt, dass die Inflation - und damit ist ein fortlaufendes Ansteigen der Güterpreise auf breiter Front gemeint - ein monetäres Phänomen ist.

Aus dieser Sicht ist Inflation stets und überall die Folge der Geldmengenvermehrung. Und weil im heutigen Geldsystem die staatliche Zentralbank das Geldproduktionsmonopol innehat, ist es auch die staatliche Zentralbank, die für die Inflation verantwortlich ist. Beide Inflationstheorien - die nichtmonetäre und die monetäre - lassen sich allerdings durchaus für Erklärungszwecke miteinander verbinden. So kann ein Kostenschub (beispielsweise herbeigeführt durch einen Energiepreisanstieg) den Weg in die Inflation auslösen, wenn der Kostenschub auf lockere Geldpolitik trifft, die die Geldmenge übergebührlich stark ausweitet.

Allerdings bleibt es auch in diesem Beispiel dabei: Es ist letztlich die Geldmengenausweitung, die für Inflation - also für das chronische und andauernde Ansteigen der Güterpreise auf breiter Front - sorgt. Ohne dass die Geldmenge stark ausgeweitet wird, ist eine Inflation nicht denkbar.

Der Geldmengenüberhang bedeutet, dass Konsumenten und Firmen mehr Kasse halten als gewöhnlich. Diese "Überschusskasse" bauen sie erwartungsgemäß früher oder später wieder ab, indem sie Güter und Dienste nachfragen. In 2020 und 2021 hat die Geldmengenvermehrung die Konjunktoren unterstützt. Die steigende Güterproduktion, vor allem aber die steigenden Güterpreise reduzieren nun aber den Geldmengenüberhang. Das wirkt tendenziell konjunkturbremsend - und dieser Effekt beginnt sich auch bereits in einigen Wirtschaftsdaten zu zeigen.

Allerdings ist der Geldmengenüberhang nach wie vor so groß, dass die Inflationsraten vermutlich noch einige Zeit außergewöhnlich hoch bleiben werden. Selbst wenn also die Zentralbanken die Zinsen anheben, wird das bestenfalls die Inflation in der fernen Zukunft abmildern können, nicht aber die laufende und auch nicht die in den kommenden ein, zwei oder drei Jahren zu erwartende Inflation. Denn die Zentralbanken werden es wohl nicht wagen, die ausstehende Geldmenge zu reduzieren, um auf diese Weise den Geldmengenüberhang zurückzustutzen.

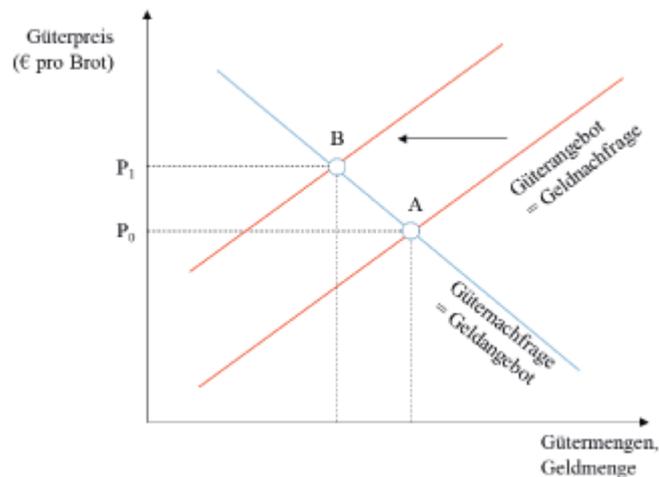
Denn das würde absehbar eine schwere Rezession herbeiführen, für die es in der Öffentlichkeit vermutlich keine Akzeptanz gibt. Auch ist ein solches Szenario politisch nicht gewünscht. Wenn aber die Inflation hoch bleibt, sich nicht bald wieder in Richtung der 2-Prozentmarke entwickelt, dann kann der Fall eintreten, dass die Menschen ihre Inflationserwartungen irgendwann nach oben anpassen und (richtigerweise) mit einer dauerhaft hohen Inflation in der Zukunft rechnen. Das wiederum kann weitreichende Folgen für die Geldnachfrage und Rückwirkung auf die Inflation haben.

Nachlassende Geldnachfrage

Wenn die Menschen plötzlich erwarten (müssen), dass die künftige Inflation dauerhaft hoch bleiben wird, und zwar höher als sie bisher gedacht haben, dann verringern sie ihre Geldnachfrage. Das heißt, sie werden den Anteil der Geldhaltung an ihrem Gesamtportfolio (bestehend aus, sagen wir, Bankguthaben, Gold- und Silbermünzen, Aktienportfolio, Auto, Haus und Hof) vermindern wollen. Wie kann das geschehen? Indem sie beispielsweise Termin- und Spareinlagen auflösen und damit Aktien oder eine Immobilie erwerben.

Das Geld wird folglich verstärkt am Markt angeboten im Tausch gegen Aktien und Immobilien. Die Folge ist, dass die Geldpreise von Aktien und Immobilien steigen (beziehungswiese höher ausfallen, als sie ohne diese Transaktion ausfallen würden). Das bedeutet, dass die Kaufkraft des Geldes schwindet. Das Bestreben der Menschen, ihre Kassenhaltung zu reduzieren, löst folglich einen inflationären Schub aus, ohne dass die Geldmenge steigt. Das ist eine Entwicklung, die man als "Flucht aus dem Geld" bezeichnen kann. Hinter ihr verbirgt sich ein Prozess, in dem die Geldnachfrage beginnt, dem Geldangebot

hinterherzuhinken.



Um diesen wichtigen Effekt besser verstehen zu können, sei ein einfaches Beispiel betrachtet. Die obenstehende Graphik zeigt auf der vertikalen Achse die Güterpreise, auf der horizontalen Achse die Gütermenge. Die rote Linie repräsentiert das Güterangebot: Je höher der Preis, desto größer die Angebotsmenge. Die blaue Linie symbolisiert die Güternachfrage: Je niedriger der Preis, umso höher die Nachfragemenge. In einer Volkswirtschaft, in der Geld als Tauschmittel verwendet wird, gilt: Güterangebot = Geldnachfrage, und Güternachfrage = Geldangebot.

Es ist im Grunde ganz einfach: Wer ein Gut verkaufen will, der fragt Geld nach; und wer ein Gut kauft, der bietet Geld an. Im Marktgleichgewicht von Güterangebot und Güternachfrage - was in einer Geldwirtschaft ja nichts anderes ist als das Gleichgewicht zwischen Geldnachfrage und Geldangebot - bildet sich der gleichgewichtige Güterpreis heraus. Damit wird deutlich, dass auch eine Geldnachfrageänderung die Güterpreise verändern kann - und führt uns zur Idee der "Realkasse" (im Unterschied zur Nominalkasse).

Nominalkasse bezeichnet den Nennwert der Geldmenge, die jemand besitzt. Realkasse steht für die inflationsbereinigte Nominalkasse. Beispiel: Sie besitzen 100 Euro, und das Preisniveau beträgt 1. Ihre Realkasse ist daher 100 (100 Euro geteilt durch 1). Steigt das Preisniveau auf 2, fällt ihre Realkasse auf 50 (100 Euro geteilt durch 2). Wollen sie daraufhin ihre ursprüngliche Realkasse von 100 wiederherstellen, müssen sie im Markt Güter anbieten gegen Geld. Das steigende Güterangebot senkt deren Preise ab, und die Realkasse nimmt wieder zu.

Üblicherweise fragen die Menschen eine bestimmte Realkasse nach: Sie wollen so viel Geld halten, wie sie zur Finanzierung ihrer laufenden Zahlungen (Miete, Einkäufe, Auto etc.) plus einer Vorsichtskasse benötigen. Den darüberhinausgehenden Geldbetrag legen sie an (zum Beispiel in Aktien oder Edelmetallen). Was passiert bei einer Geldmengenausweitung? Wenn das Geldangebot steigt, nimmt die Realkasse zu: Die Menschen verfügen nunmehr über mehr Geld, als sie üblicherweise zur Finanzierung ihrer Ausgaben benötigen.

Um die erhöhte Realkasse wieder auf das gewünschte Niveau abzusenken, geben die Menschen ihr "überschüssiges" Geld aus. Sie verwenden es zum Kauf von Gütern. Daraufhin steigen die Güterpreise an, und das senkt volkswirtschaftlich gesehen die Realkassenhaltung ab. Es stellt sich ein neues Gleichgewicht ein: Die Geldmenge hat zwar zugenommen, gleichzeitig sind jedoch auch die Güterpreise gestiegen, so dass die Realkasse wieder auf das ursprüngliche Niveau abgesunken ist.

Es kann der Fall auftreten, dass die Geldnachfrage zurückgeht, weil die Menschen fürchten, dass das Geld künftig stark inflationiert wird. Sie empfinden ihre Realkasse nun als zu groß und beginnen sie abzubauen. Geld wird gegen Güter angeboten. Die Folge ist, dass die Güterpreise steigen. Also auch ohne eine unmittelbar stattfindende Ausweitung der Geldmenge kann es zu einem Preisauftrieb kommen. So etwas kann zum Beispiel durch einen negativen Preisschock ausgelöst werden, und zwar dann, wenn die Menschen befürchten, der Preisanstieg werde sich fortsetzen, werde nicht von der Zentralbank bekämpft.

Begrenzte Zinssteigerungen

Im aktuellen Umfeld ist genau das vermutlich eine treffende Erklärung: Dass also der Preisauftrieb nicht

allein durch einen gewaltigen Geldmengenüberhang angetrieben wird, sondern dass er auch noch verstärkt wird durch einen Rückgang der Geldnachfrage. Der "sichtbare Hinweis" darauf wäre, dass die Güterpreise mit deutlich höheren Raten ansteigen, als die Geldmenge wächst. Auslöser dafür könnten - wie bereits angedeutet - wachsende Zweifel der Marktakteure an der Fähigkeit und auch am Willen der Zentralbankräte sein, die Inflation wieder auf relativ niedrige Niveaus zurückzuführen. Für solche Zweifel gibt es durchaus gute Gründe.

So ist nicht mehr zu übersehen, dass der Zinssteigerungsspielraum angesichts der gewaltigen Schuldenlasten, die sich in den letzten Dekaden aufgetürmt haben, relativ begrenzt ist; vor allem weil die Realzinsen (also Nominalzinsen abzüglich der Inflation) in den letzten etwa zehn Jahren negativ waren und das Verschulden attraktiv angeheizt haben. Ein Zinsanstieg - eine Rückkehr der Realzinsen in den positiven Bereich - birgt daher die Gefahr, dass die Schuldenpyramide nicht nur ins Wanken gerät, sondern auch umstürzt. Zudem ist eine "echte Zinswende" politisch alles andere als willkommen: Viele Regierungen setzen geradezu darauf, dass die Zentralbank das öffentliche Defizit widerstandslos finanziert.

Nicht nur die Neuverschuldung soll problemlos durch die elektronische Notenpresse und tiefen Zinsen bewerkstelligt werden. Auch Inflation zur realen Entwertung der ausstehenden Staatsschulden soll zum Einsatz kommen (auch wenn das natürlich kaum jemand offen sagt): Die drückenden Zins- und Tilgungszahlungen können schließlich einfach mit entwertetem Geld beglichen werden. Der Staat entledigt sich so seiner Zahlungsverpflichtungen auf Kosten der Gläubiger (und das sind im Regelfall vor allem die eigenen Staatsbürger). Eine üble Praktik, aber in der Währungsgeschichte ist sie leider der "Normalfall".

Hinzu kommt, dass die heute allgemein befürwortete "grüne Politik" darauf abzielt, die Kosten für Energie zu verteuern. Das kann in der Weise erfolgen, dass die Energiepreise steigen, während die Preise aller anderen Güter nachgeben, so dass es also insgesamt nicht zu einem Ansteigen des Preisniveaus und Inflation in der Volkswirtschaft kommt. Wenn aber die Zentralbanken - und das geschieht derzeit - eine extrem expansive Geldpolitik verfolgen, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass der Energiepreisanstieg letztlich alle Güterpreise in die Höhe befördert, die Inflation also merklich ansteigt. Eine Entwicklung, die durchaus auch im Interesse der Vertreter einer extremen Auslegung der grünen Politik liegen könnte.

Politik der Inflation

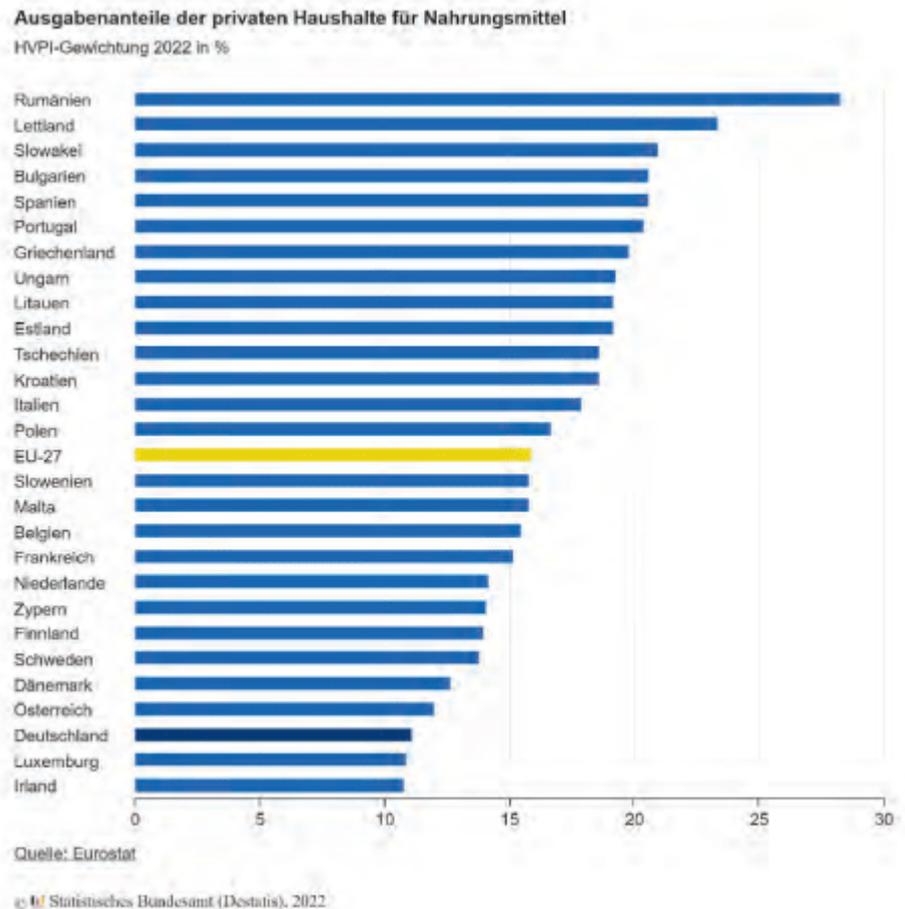
Denn wenn die Inflation zu einer Erhöhung aller Güterpreise führt, dann sinken die Realeinkommen der Menschen. Sie können weniger konsumieren und investieren, ihr Lebensstandard schwindet. Und in einer solchen "Schrumpfwirtschaft" nimmt natürlich auch die Ressourcenbelastung ab. (Allerdings sollten an dieser Stelle die Nebenwirkungen einer solchen Inflations- und Verarmungspolitik keinesfalls ungenannt bleiben: Sie würden die Lebensgrundlage für viele Millionen, wenn nicht gar Milliarden Menschen ernstlich gefährden beziehungsweise zerstören. So gesehen lässt sich eine Inflationspolitik auch als höchst inhuman bezeichnen.)

Weiterhin ist zu bedenken, dass erhöhte Inflation den sozialen Frieden gefährdet: Sie verursacht den Menschen Not, bringt sie gegeneinander auf. Inflation vergiftet das Miteinander, Gesellschaft und Politik radikalieren sich. Marktwirtschaftsfeindliche Demagogen haben dann meist ein leichtes Spiel, vermeintlich Schuldige für die unliebsame Inflation herbeizureden: wie etwa gierige Kapitalisten, ungezähmte, freie Märkte, ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung etc. Sie formieren politische Unterstützung für Maßnahmen, die das freie Marktsystem (beziehungsweise was davon heute noch übrig ist) zusehends außer Kraft setzen.

Beispielsweise durch den Erlass von Preiskontrollen: Höchstpreise für Energie, Mietdeckel, Mindestlöhne. Derartige Eingriffe des Staates führen zu weiteren, mitunter noch schwereren Problemen als die, die man mit den Eingriffen zu lösen verspricht.

Beispielsweise sorgen Höchstpreise für Energie für eine Verknappung des Energieangebots. Firmen können nicht mehr produzieren, entlassen ihre Angestellten. Gegen die Arbeitslosigkeit setzt der Staat auf nachfragewirksame Ausgaben, die mit Schulden finanziert und von der Zentralbank monetarisiert werden. Daraufhin steigt die Inflation. Die Menschen verarmen noch mehr. Und so weiter.

→ Eine Güterpreis-inflation - das gilt insbesondere für die Inflation der Nahrungsmittelpreise - trifft ärmere Bevölkerungsschichten beziehungsweise ärmere Länder in der Regel besonders hart. Denn sie müssen meist einen höheren Anteil ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden.



Inflation hat so gesehen also auch das Potential, die freie Gesellschaft und Wirtschaft in eine unfreie Gesellschaft und Wirtschaft umzuwandeln. Gerade in der heutigen Zeit, in der in den Wirtschaftswissenschaften staatliches Eingreifen in Wirtschaft und Gesellschaft meist als "Königsweg" gepriesen wird, in der quasi eine antikapitalistische Geisteshaltung kultiviert wird, ist daher die Gefahr groß, dass man sich immer weiter lossagt von den Grundsätzen, auf denen der wirtschaftliche Erfolg des Westens ruht: auf der freien Marktwirtschaft. Das wird einen sehr hohen Preis haben: Der materielle Wohlstand nimmt ab, nationale wie auch internationale Konflikte nehmen zu, die Gefahr humanitärer Katastrophen steigt.

Bedeutet die Inflationspolitik also nicht nur Geldentwertung, sondern ist sie Wegbereiter für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft? Dieser Verdacht lässt sich sicherlich nicht so einfach von der Hand weisen. Zumal die Politik in der westlichen Welt ja drauf und dran ist, genau das, was man üblicherweise mit den Begriffen "Großen Neustart" und "Große Transformation" verbindet, herbeizuführen: Dass die Menschen auf dem Globus ihre Geschicke nicht selbstbestimmt in einem System der freien Märkte gestalten sollen, sondern dass sie vielmehr von zentraler Stelle zu lenken und zu steuern seien.

Unter diesen Bedingungen ist die Weltwirtschaft gewaltigen Risiken ausgesetzt. Denn es ist eine unbestrittene ökonomische Erkenntnis, dass kollektivistisch-planwirtschaftliche Vorhaben, wie der "Great Reset" und die "Große Transformation" es sind, an den Klippen der Realität scheitern werden. Der Ökonom Friedrich August von Hayek (1899-1992) sprach in diesem Zusammenhang von "Anmaßung von Wissen": Die menschliche Verstandesleistung ist nicht in der Lage, ein so komplexes System wie eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung von zentraler Stelle zu entwerfen und zu lenken, geschweige denn ohne die Koordinationsfunktion des freien Marktprozesses ihr Überleben zu ermöglichen.

Festhalten lässt sich hier: Die Inflation, die jetzt immer stärker um sich greift, ist deshalb so besonders gefährlich, weil sie politisch nicht ungelegen kommt; und weil ihre Bekämpfung drastische Zinserhöhungen und ein Abbremsen des Kredit- und Geldmengenwachstums erfordert und damit hohe Wachstums- und Beschäftigungsverluste nach sich zieht, was in der Öffentlichkeit vermutlich (noch) keine Akzeptanz finden würde. Daher ist zu vermuten, dass die Zentralbankräte zwar weiterhin viele Worte machen, sie werden von ihrer Inflationspolitik ablassen, dass sie aber den vielen Worten nicht die notwendigen Taten folgen lassen werden.

Das Inflationsproblem wird daher länger anhalten und sich möglicherweise noch weiter verschärfen, bevor

ein Umdenken einsetzt. Bis auf Weiteres wäre also zu befürchten, dass sich die Politik weiter ausbreitet, die die Volkswirtschaften der westlichen Welt immer weiter von einer marktwirtschaftlichen Orientierung wegführt und einer lenkungs- oder auch planwirtschaftlichen Modellvariante entgegentreibt.

Die Kosten einer solchen "Neuaustrichtung" der westlichen Volkswirtschaften wären gewaltig, sie schlugen mit einer beträchtlichen Verringerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu Buche.

Viele soziale Errungenschaften - wie zum Beispiel gute Ernährung, hohe Gesundheitsvorsorge, auskömmliche Pensionen, geringe Kriminalität, langes Leben etc. - blieben auf der Strecke. Insbesondere auch der Lebensstandard der Menschen in Entwicklungsländern, die vielfach stark abhängig sind vom fortgesetzten Wohlfahrtszuwachs der entwickelten Volkswirtschaften, würde sich stark verschlechtern.

Kurz gesprochen: Die Abkehr von der erreichten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den großen Volkswirtschaften der Welt, ein Rückbau der erreichten internationalen Arbeitsteilung und des internationalen Handels, würde es sogar verunmöglichen, eine Weltbevölkerung von derzeit ungefähr acht Milliarden Menschen zu ernähren, zu kleiden und zu behausen.

Gold als Versicherung

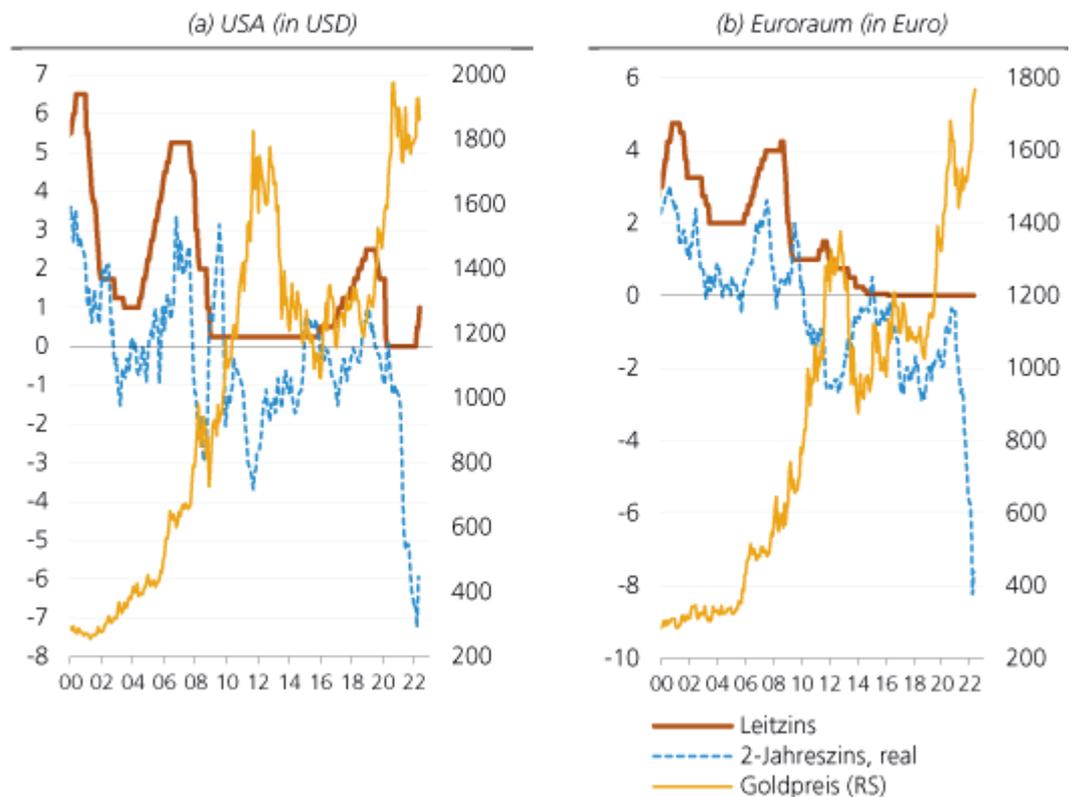
Was, so fragt sich der Anleger, kann und soll man vor diesem Hintergrund tun? Eine einfache, für alle gleichermaßen passende Antwort gibt es leider nicht. Dazu sind die Anleger zu verschieden hinsichtlich ihrer Ziele, zeitlichen Ausrichtung und Risikoeinstellung. Aber vor dem Hintergrund der Wahrscheinlichkeit (und die ist beträchtlich), dass die Kaufkraft von US-Dollar, Euro & Co unter die Räder kommt, weil die Zentralbanken weiterhin für hohe Inflation und negative Realzinsen sorgen, empfiehlt es sich, zumindest einen Teil des Vermögens in Form von physischem Gold (und Silber) quasi als Versicherung zu halten.

In diesem Zusammenhang zeigen Abb. 2 (a) und (b) etwas ganz Wichtiges: In den letzten gut zwei Dekaden hat der Goldpreis ganz offensichtlich nicht so sehr auf den Nominalzins reagiert, sondern auf den inflationsbereinigten Nominalzins, den Realzins: Seit Anfang des 21. Jahrhundert gingen im Trend fallenden Realzinsen einher mit einem im Trend steigenden Goldpreis (und zwar sowohl in US-Dollar als auch in Euro gerechnet).

Zwar ist der Realzins ganz bestimmt nicht die alleinige Erklärung für den im Trend gestiegenen Goldpreis. Jedoch gibt er gewissermaßen eine "Zusammenfassung" des prekären (Ist-)Zustands, in dem sich das Fiat-Geldsystem befindet. Dass die Realzinsen wieder in den positiven Bereich zukehren, erscheint recht unwahrscheinlich.

2 Negative reale Zinsen, steigender Goldpreis

Leitzins, 2-Jahreszins in Prozent (nominal und real) und Goldpreis



Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa.
Realzinsen ermittelt anhand der Konsumgüterpreisindizes.

Die Regierungen und ihre Zentralbanken werden zwar vermutlich alles daransetzen, dass ihr Fiat-Geld nicht vollends durch zu hohe Inflation diskreditiert wird, dass sich die Menschen nicht endgültig von ihm abwenden. Sie werden die Inflation daher vermutlich nicht vollends außer Kontrolle geraten lassen.

Gleichzeitig haben sie aber wenig Interesse daran, die Inflation wieder in Richtung der 2-Prozentmarke zu bringen, also die Zinsen so weit anzuheben, dass das Kredit- Geldmengenwachstum stark abgebremst wird. Der seit Jahrzehnten betriebene Geldwertschwund, der sich nun beschleunigt hat, wird folglich weitergehen - und das droht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften zu schwächen sowie marktwirtschafts- und freiheitsfeindliche Politiken weiter zu begünstigen. Das ist es, was diese Inflation so besonders gefährlich macht.

© Prof. Dr. Thorsten Polleit

Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/540550--Warum-diese-Inflation-besonders-gefaehrlich-ist.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2022. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).